

**Gesetz
über die Gesetzessammlungen und das Amtsblatt
(Publikationsgesetz, PuG)**

Vom 30. August 1994

Der Grosse Rat des Kantons Aargau,

gestützt auf § 78 der Kantonsverfassung,

beschliesst:

A. Amtliche Publikationsorgane

I. Gesetzessammlungen

§ 1

¹ Die Aargauische Gesetzessammlung (AGS) ist eine in chronologischer Form fortlaufend nachgeführte Sammlung des kantonalen Rechts.

Aargauische
Gesetzes-
sammlung (AGS)

² In der Aargauischen Gesetzessammlung werden veröffentlicht:

- a) die Kantonsverfassung;
- b) die kantonalen Gesetze;
- c) die übrigen Recht setzenden Erlasse kantonalen Behörden und selbstständiger Staatsanstalten;
- d) die mit anderen Kantonen, dem Bund und dem Ausland geschlossenen Recht setzenden Verträge (Staatsverträge, Konkordate und Vereinbarungen);
- e) die direkt anwendbaren Recht setzenden Erlasse interkantonalen Organe.

³ Der Regierungsrat kann weitere Erlasse in die Aargauische Gesetzes-sammlung aufnehmen, wenn an deren Publikation ein öffentliches Interesse besteht.

§ 2

Systematische
Sammlung des
Aargauischen
Rechts (SAR)

¹ Die Systematische Sammlung des Aargauischen Rechts (SAR) ist eine bereinigte, nach Sachgebieten geordnete und in Loseblattform geführte Sammlung des in der Aargauischen Gesetzessammlung veröffentlichten und an einem bestimmten Stichtag geltenden kantonalen Rechts.

² Nicht aufzunehmen sind Erlasse mit einer Geltungsdauer von längstens einem Jahr.

³ Die Systematische Sammlung wird mehrmals jährlich auf bestimmte Stichtage nachgeführt.

⁴ Der Regierungsrat kann beschliessen, die Systematische Sammlung zusätzlich auf einem computerunterstützten Informationssystem zu führen.

§ 3

Massgeblicher
Text

Stimmen die in der Systematischen Sammlung erschienenen Erlasse und Verträge nicht mit der Publikation in der Aargauischen Gesetzessammlung überein, so gilt die Fassung der Aargauischen Gesetzessammlung.

§ 4

Register

¹ Zur Aargauischen Gesetzessammlung werden regelmässig ein chronologisches Register und ein Sachregister herausgegeben.

² Der Systematischen Sammlung des Aargauischen Rechts werden regelmässig ein systematisches Register und ein Sachregister beigelegt.

II. Amtsblatt**§ 5**

Amtsblatt

Im Amtsblatt oder in separaten Beilagen werden Bekanntmachungen der gesetzgebenden, vollziehenden und richterlichen Behörden publiziert, die nicht in der Aargauischen Gesetzessammlung erscheinen.

§ 6

Abgabe und
Bezug

¹ Der Regierungsrat legt fest, welchen Amtsstellen das Amtsblatt, die Aargauische Gesetzessammlung und die Systematische Sammlung des Aargauischen Rechts abgegeben werden.

² Die Gemeinden sind verpflichtet, ein Exemplar des Amtsblattes, der Aargauischen Gesetzessammlung und der Systematischen Sammlung des Aargauischen Rechts auf ihre Kosten zu beziehen.

B. Grundsätze der Publikation

I. Form der Veröffentlichung

§ 7

Erlasse und Verträge sind in der Aargauischen Gesetzessammlung zu veröffentlichen. Ordentliche Publikation

§ 8

¹ Erlasse und Verträge können vorerst auf andere Weise bekannt gemacht werden, wenn Publikation in ausserordentlichen Lagen

- a) dies zur Sicherstellung der Wirkung unerlässlich ist;
- b) die ordentliche Veröffentlichung vor dem Inkrafttreten wegen Dringlichkeit oder anderer ausserordentlicher Verhältnisse nicht möglich ist.

² Die Publikation in der Aargauischen Gesetzessammlung hat so bald als möglich zu erfolgen.

§ 9

Erlasse und Verträge sowie Teile davon, die sich wegen ihres besonderen Charakters nicht für die Veröffentlichung in der Aargauischen Gesetzessammlung eignen, werden nur mit Titel und Bezugsquelle aufgenommen. Dies geschieht insbesondere, wenn sie: Publikation durch Verweisung

- a) sich an einen kleinen Kreis von Betroffenen richten;
- b) von technischer Natur sind und sich nur an Fachleute wenden;
- c) sich aus besonderen, namentlich drucktechnischen Gründen nicht für die Publikation in den Gesetzessammlungen eignen.

II. Rechtswirkungen

§ 10

¹ Erlasse und Verträge verpflichten Einzelpersonen nur, wenn sie nach diesem Gesetz bekannt gemacht worden sind. Wirkungen für Einzelpersonen

² Wird ein Erlass oder ein Vertrag durch Verweisung oder auf dem Weg der Publikation in ausserordentlichen Lagen bekannt gemacht, bleibt Betroffenen der Nachweis offen, dass sie ihn nicht kannten und ihn trotz pflichtgemässer Sorgfalt nicht kennen konnten.

§ 11Recht zur
Einsichtnahme

- ¹ Jede Person kann auf der Staatskanzlei und auf den Bezirksämtern
- a) die Amtliche und die Systematische Sammlung des Bundesrechts einsehen;
 - b) den vollständigen Text ausserordentlich bekannt gemachter Bundeserlasse, die in der Amtlichen Sammlung des Bundesrechts noch nicht veröffentlicht wurden, einsehen und beziehen;
 - c) die Aargauische Gesetzessammlung sowie die Systematische Sammlung des Aargauischen Rechts einsehen.
- ² Jede Person kann auf den Gemeindekanzleien einsehen:
- a) die Aargauische Gesetzessammlung;
 - b) die Systematische Sammlung des Aargauischen Rechts;
 - c) das Amtsblatt und dessen Beilagen des laufenden sowie des vergangenen Jahres.
- ³ Jede Person kann auf der Staatskanzlei den vollständigen Text der Erlasse und Verträge, die durch Verweisung gemäss § 9 veröffentlicht wurden, einsehen.

III. Zeitpunkt der Veröffentlichung und Inkrafttreten**§ 12**

Veröffentlichung

Die Publikation Recht setzender Erlasse und Verträge hat in der Regel mindestens zehn Tage vor ihrem Inkrafttreten zu erfolgen.

§ 13

Inkrafttreten

- ¹ Ist der Zeitpunkt des Inkrafttretens eines Recht setzenden Erlasses nicht festgelegt, wird er vom Regierungsrat bestimmt.
- ² Ist darüber nichts bestimmt, tritt der Erlass zehn Tage nach seiner Publikation in Kraft.

C. Schluss- und Übergangsbestimmungen**§ 14**

Vollzug

- ¹ Der Regierungsrat erlässt die zum Vollzug dieses Gesetzes notwendigen Bestimmungen.
- ² Er setzt die Abonnementsgebühren und die Insertionskosten für das Amtsblatt und für die Gesetzessammlungen fest.

§ 15

Erlasse und Verträge, die nicht in der von diesem Gesetz vorgesehenen Form publiziert wurden, verpflichten Einzelpersonen noch während zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes. Den Betroffenen bleibt der Nachweis offen, dass sie den Erlass oder Vertrag nicht kannten und ihn trotz pflichtgemässer Sorgfalt nicht kennen konnten.

Übergangsfristen
für nach altem
Recht publizierte
Erlasse

§ 16

Es sind aufgehoben:

- a) das Gesetz über die amtlichen Bekanntmachungen vom 26. November 1856¹⁾;
- b) die Verordnung über die amtlichen Bekanntmachungen vom 26. September 1958²⁾;
- c) § 8 Abs. 5 des Gesetzes über das Wirtschaftswesen und den Handel mit geistigen Getränken (Wirtschaftsgesetz) vom 2. März 1903³⁾;
- d) die im Anhang zu diesem Gesetz aufgeführten Erlasse.

Aufhebung
bisherigen Rechts

§ 17

Dieses Gesetz wird nach der Annahme durch das Volk vom Regierungsrat in Kraft gesetzt und ist in der Gesetzessammlung zu publizieren.

Inkrafttreten

Angenommen in der Volksabstimmung vom 4. Dezember 1994.

Inkrafttreten: 1. Januar 1996⁴⁾

¹⁾ AGS Bd. 1 S. 150

²⁾ AGS Bd. 4 S. 626

³⁾ SAR 971.100

⁴⁾ § 12 der Verordnung über die Gesetzessammlung und das Amtsblatt (Publikationsverordnung, PuV) vom 18. Oktober 1995 (AGS 1995 S. 182).

Anhang**Aufzuhebende Erlasse:**

1. Konkordat vom 28. Januar 1854 über die Form der Heimatscheine (AGS Bd. 1 S. 133)
2. Gesetz vom 29. Februar 1856 über die Bestimmung der Abgaben, Gebühren, Geldbussen, usw. in neuer Währung, sowie Verteilung und Umwandlung der Geldbussen in Gefangenschaft oder Arbeit (AGS Bd. 1 S. 147)
3. Dekret vom 26. November 1857 über die Bildung eines militärischen Unterstützungsfonds (AGS Bd. 1 S. 154)
4. Vollziehungsverordnung vom 21. Dezember 1857 zum Dekret über die Bildung eines militärischen Unterstützungsfonds (AGS Bd. 1 S. 156)
5. Verordnung vom 26. Juli 1870 über den Schulbesuch der Kinder herumziehender Eltern oder den Wohnort wechselnder Familien (AGS Bd. 1 S. 262)
6. Dekret vom 23. November 1891 über die Kationen der Betreibungs- und Konkursbeamten (AGS Bd. 1 S. 317)
7. Grossratsbeschluss vom 28. November 1899 über die Kautionsleistung ausserkantonaler Anwälte (AGS Bd. 1 S. 358)
8. Gesetz vom 5. November 1901 über Aufstellung und Verfahren der Friedensrichter (AGS Bd. 1 S. 451)
9. Dekret vom 5. Dezember 1910 über die Erstellung von Absonderungshäusern (AGS Bd. 1 S. 598)
10. Flurgesetz vom 27. März 1912 (AGS Bd. 2 S. 3)
11. Vollziehungsverordnung vom 24. Januar 1913 zum Flurgesetz (AGS Bd. 2 S. 33)
12. Gesetz vom 19. Februar 1915 über die Verwendung der Hunde als Zugtiere (AGS Bd. 2 S. 65)
13. Grossratsbeschluss vom 8. Februar 1916 über die Kautionspflicht der Fürsprecher und Notare (AGS Bd. 2 S. 131)
14. Vollziehungsverordnung vom 22. März 1916 zum Grossratsbeschluss über die Kautionspflicht der Fürsprecher und Notare (AGS Bd. 2 S. 132)

15. Reglement vom 29. März 1916 über die Trinkerfürsorge (AGS Bd. 2 S. 134)
16. Vollziehungsverordnung vom 26. Juni 1916 zum Gesetz über die Verwendung der Hunde als Zugtiere (AGS Bd. 2 S. 139)
17. Regierungsbeschluss vom 1. August 1918 über die Arbeitszeit in den Heimbetrieben der Seidenbandweberei (AGS Bd. 2 S. 162)
18. Verordnung vom 30. Dezember 1921 über die Arzneimitteltaxe (AGS Bd. 2 S. 282)
19. Verordnung vom 18. Juli 1924 für den Betrieb des dem Kantonsspital Aarau angegliederten Absonderungshauses (AGS Bd. 2 S. 322)
20. Grossratsbeschluss vom 21. Januar 1929 über die Ausrichtung von Beiträgen an Seuchenschäden (AGS Bd. 2 S. 330)
21. Verordnung vom 12. Juni 1926 über die Familienpflege Geisteskranker und Geistesschwacher (AGS Bd. 2 S. 363)
22. Verordnung vom 20. April 1928 über die Einleitung von Abwasser in vom Staat erstellte Durchlässe und Leitungen (AGS Bd. 2 S. 404)
23. Verordnung vom 18. Oktober 1932 über den Vollzug des Bundesgesetzes über die gebrannten Wasser (AGS Bd. 2 S. 457)
24. Interkantonale Verordnung vom 15. Juni 1943 über die Kleinschiffahrt auf der Rheinstrecke Rheinfelden – Basel (AGS Bd. 3 S. 239)
25. Dekret vom 22. November 1944 über die Kosten der Arbeitsgerichte (AGS Bd. 3 S. 336)
26. Gesetz vom 23. Mai 1946 über die Förderung der Wohnbautätigkeit (AGS Bd. 3 S. 445)
27. Verordnung vom 14. Juni 1946 über das Sonntagsbackverbot (AGS Bd. 3 S. 448)
28. Verordnung vom 26. August 1946 über das Steuerbeschwerdverfahren vor Obergericht (AGS Bd. 3 S. 453)
29. Verordnung vom 29. August 1946 über die Organisation der kantonalen Steuerrekurskommission und das Rekursverfahren (AGS Bd. 3 S. 457)
30. Vollziehungsverordnung vom 2. April 1947 zum Konkordat über die Kosten des Strafvollzuges (AGS Bd. 3 S. 535)

31. Dekret vom 25. November 1948 über den Beitritt des Kantons Aargau zur interkantonalen Übereinkunft über das Pflegepersonal (AGS Bd. 3 S. 587)
32. Vollziehungsverordnung vom 27. März 1951 zur Bundesgesetzgebung über den Militärflichtersatz (AGS Bd. 3 S. 662)
33. Grossratsbeschluss vom 11. März 1952 über die Errichtung und den Bau kantonalen Berufsschulen (AGS Bd. 4 S. 7)
34. Verordnung vom 19. August 1954 über die Bekämpfung der Myxomatose (Myxomkrankheit) der Kaninchen (AGS Bd. 4 S. 191)
35. Verordnung vom 3. September 1954 über die Bekämpfung der Geflügelseuchen (AGS Bd. 4 S. 193)
36. Dekret vom 9. September 1954 über den Beitritt des Kantons Aargau zur Interkantonalen Vereinbarung über die Kontrolle der Heilmittel (AGS Bd. 4 S. 196)
37. Verordnung vom 15. Februar 1955 über die Ausrichtung einer Winterzulage an versicherte Arbeitslose (AGS Bd. 4 S. 241)
38. Grossratsbeschluss vom 15. Februar 1955 über das Verbot der Einfuhr von tuberkulösem Rindvieh in den Kanton Aargau (AGS Bd. 4 S. 245)
39. Vollziehungsverordnung vom 6. Juli 1956 zum Gesetz über kantonale Zuschüsse zu den Renten der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung des Bundes (Zusatzrentengesetz) (AGS Bd. 4 S. 450)
40. Übereinkunft vom 1. Februar/1. März 1957 über die Ausübung der Fischerei in der Aare, soweit diese die Grenze zwischen den Kantonen Aargau und Solothurn bildet (AGS Bd. 4 S. 477)
41. Reglement vom 28. August 1959 für die Bauschule am kantonalen Gewerbemuseum in Aarau (AGS Bd. 4 S. 741)
42. Dekret vom 24. November 1959 über den Finanzausgleich (AGS Bd. 4 S. 794)
43. Regierungsbeschluss vom 11. März 1960 über die Versicherungsprämie für Fahrräder (AGS Bd. 4 S. 802)
44. Gesetz vom 3. März 1960 über die Bekämpfung des Rinderabortus Bang (AGS Bd. 5 S. 1)
45. Gesetz vom 12. April 1960 über die Kantonsschulen (AGS Bd. 5 S. 25)

46. Konkordat vom 16. Dezember 1960 über die wohnörtliche Unterstützung (AGS Bd. 5 S. 94)
47. Tarif vom 5. Februar 1963 zum Flurgesetz (AGS Bd. 5 S. 350)
48. Volksbeschluss vom 3. Dezember 1962 über die Erstellung von Neubauten für den Turn- und Musikunterricht am kantonalen Lehrerinnenseminar (AGS Bd. 5 S. 353)
49. Regierungsbeschluss vom 6. Februar 1964 über die Festsetzung des Umrechnungsfaktors gemäss § 5 des Gesetzes über die Grundstückgewinnsteuer (AGS Bd. 6 S. 14)
50. Vollziehungsverordnung vom 26. März 1964 zum Bundesbeschluss über die Bekämpfung der Teuerung durch Massnahmen auf dem Gebiete der Bauwirtschaft (AGS Bd. 6 S. 17)
51. Grossratsbeschluss vom 30. November 1964 über Teuerungszulagen für das Staatspersonal und die Lehrerschaft für die Jahre 1964 und 1965 (AGS Bd. 6 S. 163)
52. Gesetz vom 13. Oktober 1964 über Massnahmen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues (AGS Bd. 6 S. 180)
53. Verordnung vom 10. Dezember 1964 über die Quellensteuer auf dem unselbständigen Erwerbseinkommen natürlicher Personen ohne Niederlassungsbewilligung (AGS Bd. 6 S. 191)
54. Regierungsbeschluss vom 29. Januar 1965 über die Bestimmung der gemeinnützigen und wohltätigen Institutionen gemäss § 20 lit. k des Gesetzes über die ordentlichen Staats- und Gemeindesteuern (AGS Bd. 6 S. 217)
55. Verordnung vom 8. April 1965 über die Einzel- oder gemeindeweise oder gemeinschaftliche Anschaffung landwirtschaftlicher Maschinen im Berggebiet (AGS Bd. 6 S. 243)
56. Volksbeschluss vom 31. August 1965 über die Erstellung von Unterrichtsräumen in den Seminarien Aarau und Wettingen (AGS Bd. 6 S. 292)
57. Volksbeschluss vom 31. August 1965 über die Errichtung einer Seminarzweigschule in Wohlen (AGS Bd. 6 S. 293)
58. Grossratsbeschluss vom 30. November 1965 über Teuerungszulagen an das Staatspersonal und die Lehrerschaft für die Jahre 1965 und 1966 (AGS Bd. 6 S. 295)
59. Regierungsbeschluss vom 3. Februar 1966 über die Festsetzung des Umrechnungsfaktors gemäss § 5 des Gesetzes über die Grundstückgewinnsteuer (AGS Bd. 6 S. 316)

60. Regierungsbeschluss vom 7. April 1966 über den Vollzug der Bundesvorschriften über Mietzinse für Immobilien und Kündigungsbeschränkung (AGS Bd. 6 S. 343)
61. Grossratsbeschluss vom 29. November 1966 über eine zusätzliche Teuerungszulage an das Staatspersonal und die Lehrerschaft für das Jahr 1966 (AGS Bd. 6 S. 472)
62. Volksbeschluss vom 3. Oktober 1966 über die Leistung eines Staatsbeitrages an den Ausbau der Schweizerischen Anstalt für Epileptische in Zürich (AGS Bd. 6 S. 480)
63. Grossratsbeschluss vom 28. November 1967 über Teuerungszulagen an das Staatspersonal und die Lehrerschaft für die Jahre 1967 und 1968 (AGS Bd. 6 S. 706)
64. Regierungsbeschluss vom 18. Januar 1968 über die Festsetzung des Umrechnungsfaktors gemäss § 5 des Gesetzes über die Grundstückgewinnsteuer (AGS Bd. 7 S. 1)
65. Grossratsbeschluss vom 26. November 1968 über Teuerungszulagen an das Staatspersonal und die Lehrerschaft für die Jahre 1968 und 1969 (AGS Bd. 7 S. 151)
66. Volksbeschluss vom 21. Januar 1969 über die Ausrichtung eines Staatsbeitrages an die Stiftung Arbeitszentrum für Behinderte Stengelbach (AGS Bd. 7 S. 295)
67. Regierungsbeschluss vom 22. Januar 1970 über die Festsetzung des Umrechnungsfaktors gemäss § 5 des Gesetzes über die Grundstückgewinnsteuer (AGS Bd. 7 S. 400)
68. Volksbeschluss vom 17. März 1970 über den Bau einer Motorfahrzeugkontrolle und einer Fahrzeugprüfhalle im Lenzhard in Schafisheim (AGS Bd. 7 S. 475)
69. Regierungsbeschluss vom 10. Januar 1972 über die Festsetzung des Umrechnungsfaktors gemäss § 5 des Gesetzes über die Grundstückgewinnsteuer (AGS Bd. 8 S. 19)
70. Vereinbarung vom 31. Januar/18. Februar 1972 über die Finanzierung von Investitionen im Zusammenhang mit der Einführung eines Busversuchsbetriebes zwischen Schöftland und Sursee (AGS Bd. 8 S. 43)
71. Volksbeschluss vom 29. Juni 1971 über die Totalrevision der Staatsverfassung (AGS Bd. 8 S. 305)
72. Verordnung vom 13. November 1972 betreffend Übertritt von der 1. Klasse der Töcherschule in die 1. Klasse des Seminars (AGS Bd. 8 S. 349)

73. Regulativ vom 20. Dezember 1972 über die Beitragsleistung aus dem kantonalen Löschfonds an das Feuerwehrwesen (AGS Bd. 8 S. 423)
74. Vollziehungsverordnung vom 4. Dezember 1972 zum Bundesbeschluss über dringliche Massnahmen auf dem Gebiete der Raumplanung (AGS Bd. 8 S. 497)
75. Verordnung vom 28. Januar 1974 über die Festsetzung des Umrechnungsfaktors gemäss § 5 des Gesetzes über die Grundstückgewinnsteuer (AGS Bd. 8 S. 681)
76. Dekret vom 19. Dezember 1973 über die versuchsweise Einführung neuer Unterrichtsfächer (AGS Bd. 8 S. 682)
77. Verordnung vom 24. März 1975 über den vorsorglichen Schutz der Ufergehölze der Wigger in den Gemeinden Brittnau, Strengelbach und Zofingen (AGS Bd. 9 S. 86)
78. Verordnung vom 23. Februar 1976 über die Festsetzung des Umrechnungsfaktors gemäss § 5 des Gesetzes über die Grundstückgewinnsteuer (AGS Bd. 9 S. 272)
79. Volksbeschluss vom 27. Januar 1976 über die Ausrichtung eines Staatsbeitrages an die Genossenschaft Borna Blinden- und Invalidenheim Boningen (AGS Bd. 9 S. 284)
80. Volksbeschluss vom 27. Januar 1976 über die Ausrichtung eines Staatsbeitrages an die Stiftung für Behinderte Wettingen (AGS Bd. 9 S. 285)
81. II. Vereinbarung vom 16. Februar/18. März 1976 über die Finanzierung von Investitionen im Zusammenhang mit der Einführung des Busbetriebes Schöftland-Sursee (AGS Bd. 9 S. 286)
82. Verordnung vom 5. April 1976 über den vorsorglichen Schutz des Flachsees Unterlunkhofen (AGS Bd. 9 S. 300)
83. Verordnung vom 13. September 1976 über die Sonderschulung vor und nach der Schulpflicht (AGS Bd. 9 S. 325)
84. Dekret vom 15. September 1976 über die Neuregelung der Trägerschaft der Bezirksschule Muri (AGS Bd. 9 S. 328)
85. Dekret vom 19. Oktober 1976 über die Anpassung der Kinderzulagen an die Preisentwicklung (AGS Bd. 9 S. 357)
86. Verordnung vom 18. Dezember 1976 über die Fortbildungsschulen der männlichen Jugend (AGS Bd. 9 S. 369)

87. Verordnung vom 23. Januar 1978 über die Festsetzung des Umrechnungsfaktors gemäss § 5 des Gesetzes über die Grundstückgewinnsteuer (AGS Bd. 9 S. 551)
88. Verordnung vom 28. Januar 1980 über die Festsetzung des Umrechnungsfaktors gemäss § 5 des Gesetzes über die Grundstückgewinnsteuer (AGS Bd. 10 S. 116)
89. Dekret vom 24. November 1981 über die Anpassung der Kinderzulagen an die Preisentwicklung (AGS Bd. 10 S. 511)
90. Verordnung vom 26. Januar 1982 über die Festsetzung des Umrechnungsfaktors der Jahre 1982/83 gemäss § 5 des Gesetzes über die Grundstückgewinnsteuer (AGS Bd. 10 S. 607)
91. Dekret vom 15. Juni 1982 über den Ausgleich der kalten Progression auf der Einkommenssteuer (AGS Bd. 10 S. 683)
92. Verordnung vom 1. November 1982 über die Sicherstellung der Krankenversicherung (AGS Bd. 10 S. 719)
93. Verordnung vom 9. Mai 1983 über die Einführung der einheitlichen Amtsdauer der Lehrer an öffentlichen Schulen (AGS Bd. 11 S. 53)
94. Verordnung vom 1. Oktober 1984 über die Pauschalierung der Berufskosten unselbständig Erwerbender (AGS Bd. 11 S. 394)
95. Verordnung vom 3. November 1986 über die Einführung des 9. Pflichtschuljahres (AGS Bd. 12 S. 102)
96. Regierungsbeschluss vom 21. Januar 1991 über die Gewährung eines Teuerungszuschlages zum Kaminfegertarif (AGS Bd. 13 S. 424)
97. Regulativ vom 24. Mai 1930 über die kantonale Finanzkontrolle (AGS Bd. 2 S. 414)
98. Regulativ vom 10. September 1923 über die Ausbildung der Chargierten der Feuerwehren (AGS Bd. 2 S. 307)
99. Regulativ vom 8. Juni 1962 über die Durchführung von Feuerwehrkursen, Rapporten, Geräteführerwiederholungskursen und Inspektionen (AGS Bd. 5 S. 289)
100. Vereinbarung vom 2. und 22. April 1971 zwischen dem Kanton Solothurn und dem Kanton Aargau betreffend Übernahme des Studiengeldes von Solothurner Schülern an der Höheren Technischen Lehranstalt (Ingenieurschule) Brugg-Windisch (AGS Bd. 7 S. 677)

101. Volksbeschluss vom 17. Februar 1970 über die Errichtung der Vorbereitungsstufe einer Hochschule im Kanton Aargau (AGS Bd. 7 S. 427)
102. Vollziehungsverordnung vom 19. Juli 1941 zum Schulgesetz (AGS Bd. 3 S. 167)
103. Vollziehungsbeschluss vom 28. September 1888 zum Bundesgesetz betreffend den Geschäftsbetrieb von Auswanderungsagenturen (AGS Bd. 1 S. 302)
104. Einführungsverordnung vom 29. April 1892 zum Bundesgesetz betreffend die zivilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthalter (AGS Bd. 1 S. 319)
105. Verordnung vom 23. November 1981 über die Zuweisung der bisherigen richterlichen Funktionen der Flurkommissionen an den Zivilrichter (AGS Bd. 10 S. 596)